



Waiblingen

Kerzen, Kunst und Krippenfiguren

Christbäume waren beim Markt der Werkstätten rasch ausverkauft

▶ Seite B 1

Weinstadt

Schnaiter Sportplatz wird 2013 saniert

Gemeinderat verabschiedet Haushalt 2013

▶ Seite B 3

Rems-Murr

Eine höchst menschliche Spitzenjazzerin

Gee Hye Lee spielte im Jazzclub Session 88

▶ Seite C 3

Rems-Murr

Der Raps: Die Zukunft unserer Energie

Dass der Raps ein Energieträger mit Zukunft ist, bestreitet Landwirt Gerd Weiler aus Zwingelhausen nicht. Aber: Der Rapsanbau wird zum immer aufwendiger. Und zum anderen muss man bei aller Euphorie auch an den Boden denken.

▶ Seite C 1



Landwirt Gerd Weiler.

Bild: Büttner

Wir sind für Sie da

Aboservice (071 51) 566 - 444
aboservice@zvw.de

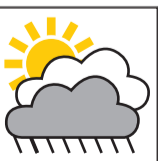
Anzeigen (071 51) 566 - 411
anzeigen@zvw.de

Redaktion (071 51) 566 - 576
waiblingen@zvw.de

Lokal (071 51) 566 - 275
kreis@zvw.de

Kreis (071 51) 566 - 262
sport@zvw.de

Wetter



Mittags 8°
Nachts 3°
Stark bewölkt, dazu
zeitweise Regenschauer

Auf halbmast



Die Vereinigten Staaten von Amerika trauern nach dem Amoklauf von Newtown und haben als sichtbares Zeichen im ganzen Land die Fahnen auf halbmast gesetzt. Auch zwei Tage nach

der Bluttat an einer Grundschule in der Stadt im US-Staat Connecticut gibt es mehr Fragen als Antworten. Eltern der erschossenen Kinder und der Vater des Täters wandten sich in

ihrem Schmerz an die Öffentlichkeit. Gerichtsmediziner zeigten sich erschüttert darüber, mit welcher Grausamkeit die 20 Schulkinder und sechs Erwachsenen erschossen wurden.

US-Präsident Barack Obama sollte auf einer Gedenkfeier zu den trauernden Angehörigen sprechen. Foto: Imago

▶ Leitartikel Seite 2

Deutscher Ökostrom zahlt sich nur im Ausland aus

Nachbarländer profitieren von Überangebot an Energiebörsen: Kosten gehen zurück

Nachbarstaaten von Deutschland wie Frankreich, Österreich oder die Schweiz zählen zu den Gewinnern der deutschen Energiewende. Die Strompreise steigen dort deutlich langsamer als hierzulande – oder sie sinken sogar.

VON WALTHER ROSENBERGER

BERLIN. Strom wird in Deutschland immer teurer. Mehr als die Hälfte der Energieversorger hat zum Jahreswechsel Tarifierhöhungen um durchschnittlich zwölf Prozent angekündigt. Ein Vierpersonenhaushalt muss mittlerweile deutlich mehr als 1000 Euro im Jahr allein für Strom zahlen. Die Preissprünge gehen hauptsächlich auf die Kosten für die Finanzierung der Energiewende in Deutschland zurück.

„Die Verbraucher in anderen Ländern profitieren“, sagte Tobias Federico, Geschäftsführer der Berliner Energieberatung Energy-Brainpool, unserer Zeitung. Gründe seien der wachsende Einfluss von Energiebörsen, die Strom europaweit handeln, immer bessere Leitungsverbindungen zwischen den Ländern, die den Austausch elektrischer Energie ermöglichen, sowie das zusätzliche Angebot.

So entsteht nach Aussage des Branchenexperten ein einheitlicher Markt mit einheitlichen Preisen. In Frankreich waren die Tarife nach Daten der Energiebörse Epex Spot an etwa 220 Tagen im Jahr ebenso hoch wie in Deutschland.

Der massive Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind- oder Solarkraft in Deutschland drückt durch das Überangebot seit zwei Jahren die Preise an den Strombörsen. Der Effekt pflanzt sich auch immer stärker ins

Ausland fort. Allerdings fallen in den Nachbarländern die Kosten zum Ausbau der Ökoelektrogen sehr begrenzt an.

In Deutschland schlugen sie im Vorjahr mit mindestens 14,1 Milliarden Euro zu Buche. Über Steuern und Abgaben werden diese über den Strompreis auf den Verbraucher umgelegt – und dabei vor allem auf die Privathaushalte. Der klimaschützende Effekt einer zunehmenden Produktion von Ökostrom ist naturgemäß nicht auf die Bundesrepublik begrenzt.

Doch auch für das Ausland ist die Energiewende nicht umsonst zu haben. Die Umstellung der Versorgung in Deutschland auf Energiequellen wie Wind und Sonne macht auch in anderen Staaten zusätzliche Speicher notwendig, die Schwankungen ausgleichen können. Zudem muss das Stromnetz ausgebaut werden.

▶ Tagesthema

Für Ramsauer gibt es bei S 21 „kein Zurück mehr“

Verkehrsminister lehnt Bundesbeteiligung an Mehrkosten ab

STUTTGART/BERLIN (dpa). Für Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) gibt es bei Stuttgart 21 trotz der jüngsten Kostenexplosion „kein Zurück mehr“. Der Weg sei „schon zu weit gegangen worden“, sagte er am Sonntagabend in der ARD.

Alternativen würden möglicherweise genauso viel kosten und umfassende Umplanungen erfordern. Deswegen müsse die Bahn jetzt zusammen mit ihren Projektpartnern versuchen, „das Beste draus zu machen“, sagte der Minister. Für Mehrkosten sei der Bund nicht der richtige Ansprechpartner. Bauherrin sei die Bahn als privatwirtschaftliches Unternehmen. Zudem gebe

es klare Regeln in den Verträgen: Die Projektpartner müssten sich zusammensetzen und die Konsequenzen besprechen, „und das werden sie auch tun im nächsten Jahr“, sagte Ramsauer.

Die Bahn hatte vergangenen Mittwoch eingeräumt, dass Stuttgart 21 bis zu 6,8 Milliarden Euro statt bisher 4,5 Milliarden Euro kosten könne. Der Chef der CDU-Bundestagsfraktion Volker Kauder hält den Bau von S 21 weiterhin für „notwendig“. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast forderte dagegen, die Bundesregierung müsse einschreiten. Zu der Zeitung „Die Welt“ sagte sie, das Projekt sei „schon jetzt gescheitert“.

Lauter die Glocken nie klingeln

Obwohl unsere Zeitung sich als regional verortet sieht, ist uns jegliches Kirchturmdenken fremd. Anders in Schortens im Landkreis Friesland. Dort wird gebeiert, bis einem die Ohren klingeln. Beiern, das muss erklärt werden, geht auf das mittelniederländische Wort „beiert“ für Glockenspiel zurück. Die Schortenser hoffen, damit an Heiligabend und Silvester böse Geister zu vertreiben. Das müsste gelingen, den Krach hält kein Gespenst aus. Das Spektakel dauert fast eine Stunde, erzeugt wird eine an der Schmerzschwelle liegende Lautstärke von 120 Dezibel. Wir versagen uns, auch wenn es schwerfällt, an dieser Stelle jeden Witz über die Ostfriesen. (rab)



Spendenjägern winkt die große Freiheit

Experten üben scharfe Kritik an der Aufhebung des Sammlungsgesetzes in Baden-Württemberg zum Jahreswechsel

VON JÜRGEN BOCK

STUTTGART. Spendensammler dürfen sich freuen: Vom 1. Januar an entfallen für sie in Baden-Württemberg wichtige Hürden. Weil der Landtag beschlossen hat, das Sammlungsgesetz aufzuheben, machen die Behörden künftig keine inhaltlichen Prüfungen mehr. Wofür auf der Straße, an der Haustür oder im Internet Geld erbeten wird, spielt damit keine Rolle mehr. Nur bei Verstößen

gegen das Strafrecht können noch Sanktionen verhängt werden.

Das Sozialministerium begründet die Änderung damit, dass eine umfangreiche staatliche Kontrolle angesichts der vielen Sammlungsmöglichkeiten, die es inzwischen gibt, ohnehin kaum noch möglich sei. Zudem verfügte die Verbraucher über umfangreiche Möglichkeiten, sich selbst darüber zu informieren, welche Organisation vertrauenswürdig ist.

Als Informationsquelle für Bürger verweist das Land auf das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) in Berlin, das Spendensiegel vergibt. Die Experten kritisieren die Gesetzesaufhebung. „Man verweigert den Bürgern einen wichtigen Basischutz“, sagt Geschäftsführer Burkhard Wilke angesichts vieler schwarzer Schafe unter den Spendensammlern. Der Staat ziehe sich zunehmend aus seinen Aufgaben beim Verbraucherschutz zurück.

Ähnlich hat sich Transparency International in Deutschland geäußert. Tenor: Die Sammlungsaufsicht müsse modernisiert wieder eingeführt werden.

Kleine Pikanterie am Rande: Das Land Baden-Württemberg hat dem Berliner DZI, auf das es jetzt verweist, seinen ohnehin geringen finanziellen Zuschuss im Jahr 2005 ganz gestrichen. Die größten Fördersummen stemmen seither der Bund und das Land Berlin.

